

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 5
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Berlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Dörmers-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 5
Fernsprecher: Dönhoff 2808-2807

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Drohende Reichstagsauflösung.

Das Ermächtigungsgesetz gefährdet.

Ueber der heutigen Reichstagsitzung, die um 10 Uhr vormittags begann, lag die Spannung einer bevorstehenden großen Entscheidung. Das Ermächtigungsgesetz soll in dritter Lesung erledigt werden. Es handelt sich um ein verfassungsänderndes Gesetz, das nur bei Anwesenheit von zwei Dritteln der Abgeordneten mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden kann. Daß von den anwesenden Abgeordneten zwei Drittel für das Gesetz stimmen werden, wird allgemein angenommen. Von hier aus droht also keine Gefahr. Aber ob zwei Drittel der Abgeordneten auch bei der entscheidenden Abstimmung anwesend sein werden, ist einermäßen ungewiß. Um 12 Uhr sind etwa 370 Abgeordnete im Hause. Die notwendige Zweidrittelpräsenz beträgt 306. Wenn also 66 Gegner des Gesetzes bei der Abstimmung den Saal verlassen, dann ist das Gesetz gefallen. Es wird damit gerechnet, daß die 15 Kommunisten und 3 Balthische diese Taktik einschlagen werden. Der Beschluß der Deutschnationalen steht noch dahin. Darum ist die Frage von großer Bedeutung, wie sich diejenigen sozialdemokratischen Abgeordneten verhalten werden, die in der Fraktion gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt hatten. Die Fraktionsdisziplin erlaubt, daß Mitglieder, die mit einem Fraktionsbeschluß nicht einverstanden sind, ohne Aufsehen vor seiner Ausführung im Plenum den Saal verlassen dürfen. Würde ein Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten auch in diesem Fall von diesem Gewohnheitsrecht Gebrauch machen, so könnte das unter Umständen für das Schicksal des Gesetzes entscheidend werden.

Das sind die Fragen, mit denen das ganze Haus beschäftigt ist. Die Reden, die von den Vertretern der Opposition gehalten werden, finden infolgedessen noch weniger Aufmerksamkeit als sonst. Nach der ersten Rede, der des Kommunisten Frölich, beantragt Ledebour Aussetzung der Debatte, bis der Reichskanzler erschienen ist und sich zu den Ausführungen Ledebours geäußert hat. Ledebours Verschleppungsantrag wird nur von den Balthischen und den Kommunisten unterstützt. Frölich ruft den Deutschnationalen, die ausnahmsweise diesmal die Waffenbrüderschaft gebrochen haben, jormentbrannte Worte zu und der Verschleppungsantrag ist gefallen. Inzwischen hat aber der Präsident Löbe in der Geschäftsordnungsdebatte eine Mitteilung gemacht, die die größte Bewegung hervorruft. Der Reichskanzler war bereits im Hause anwesend, hat es aber wieder verlassen, um sich zum Reichspräsidenten zu begeben. Man versteht sofort, was die Befprechung des Reichskanzlers mit dem Reichspräsidenten in dieser kritischen Situation zu bedeuten hat und was zunächst nur vermutet wird, findet alsbald volle Bestätigung. Der Reichspräsident hat den Reichskanzler ermächtigt, für den Fall, daß das Ermächtigungsgesetz nicht zustande kommt, den Reichstag aufzulösen. Die Spannung ist aufs höchste gestiegen.

Inzwischen redet der Deutschbalthische Henning.

In Anbetracht der kritischen Lage traten gegen Mittag die einzelnen entscheidenden Fraktionen nochmals zur Sitzung zusammen. Auch die sozialdemokratische Fraktion besprach die Lage in einer kurzen Debatte. Es wurde beschlossen, daß keinesfalls blaue Zettel abgegeben werden dürfen, die eine direkte

Ablehnung des Gesetzes bezeugen. Dagegen blieb es der Minderheit freigestellt, während der Abstimmung den Saal zu verlassen. Es kommt nun darauf an, wer es mit seinem Gewissen vereinbaren kann, in dieser schwierigen Situation seine Stimme nicht für das Ermächtigungsgesetz abzugeben, sondern durch seine Stimmenthaltung indirekt für Auflösung des Reichstages, die vielleicht gleichbedeutend ist mit der Auflösung des Reiches, zu stimmen.

Ueber die weitere Beratung des Gesetzes erhalten wir folgenden Bericht:

Abg. Ledebour richtete heftige Angriffe auf die sozialdemokratische Fraktion und kritisierte dann scharf die politische Tätigkeit Ludendorffs.

Abg. v. Graefe (Deutschbalthisch) verhimmelt Ludendorff und beschimpft die „Kooberverbrecher“.

Abg. Dr. Leicht (Bayerische Volkspartei) erklärt, daß die Bayerische Volkspartei das Ermächtigungsgesetz ablehne, nicht aber Obstruktion treibe und daher auch nicht den Saal verlasse. (Zuruf v. Graefe: Sie haben es allerdings leichter! — Sie sind ein ganzer Mann! (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Ich will nicht noch einmal auf alle Einzelheiten eingehen; noch weniger will ich mich mit v. Graefe über Helden und Heldenverehrung unterhalten, welches Thema nur in einem sehr losen Zusammenhang mit der heutigen Tagesordnung steht. Abg. Ledebour hat unsere Fraktion in der heftigsten und ausfallschönsten Weise angegriffen. Ich bin der letzte, der dem Abg. Ledebour die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit seines proletarischen und sozialistischen Denkens abstreift. Ich wünsche aber, daß auch Ledebour sich zu der Anschauung durchringe, daß diejenigen, die für das Gesetz stimmen, das auch nur in der Ueberzeugung tun, damit den Interessen des Reiches und der Arbeiterschaft zu dienen. In dem Willen, proletarische und demokratische Politik zu treiben, sind Ledebour und wir durchaus einig. Unsere Gründe sind folgende:

Die äußerste Not des deutschen Volkes und seiner arbeitenden Massen hat den Entschluß gezeitigt, die Regierung mit besonderen Vollmachten zu betrauen, damit sie schneller, als das auf dem Wege über das Parlament möglich ist, Notständen begegnen und der Verwirrung der deutschen Wirtschaft steuern kann. Wir erteilen diesem Entschluß nach reiflicher Ueberlegung alles Für und Widers und im Vollbewußtsein unserer Verantwortung vor dem Volk und insbesondere vor der Arbeiterschaft unsere Zustimmung, nachdem festgestellt ist, daß die geforderten Vollmachten nur der gegenwärtigen Regierung erteilt werden, in der die Sozialdemokratie vertreten ist und daß die Regelung der Arbeitszeit auf dem Wege der normalen Gesetzgebung erfolgen wird. Wir sind bereit, der gegenwärtigen Regierung diese Vollmachten zu bewilligen, weil wir darin das Mittel erblicken, einer isogealen Diktatur vorzubeugen, einer Diktatur, die das deutsche Volk mit der Gewalt herrschaft bedroht.

Unlösliche äußere Konflikte, Reichszerteilung und schwerste Schädigungen der arbeitenden Massen in ihren letzten Existenzmöglichkeiten würden die Folgen einer solchen Diktatur sein.

Die Krisen der letzten Wochen haben die ungeheure Gefahr beleuchtet, die uns bedroht. Jetzt ist es unsere wichtigste Aufgabe, alle sozialistischen und demokratischen Kräfte aufzufordern und aufzurufen, gegen die drohende Reaktion, gegen innere Anarchie, gegen den Hungertod, für die Republik und für die Reichseinheit, für die Erhaltung und Stärkung der Demokratie, für das Recht der arbeitenden Massen, gegen die Annahmungen kapitalistischer Willkür und Gewalt zu verteidigen. In diesem Sinne stimmen wir für das Gesetz.

Nach einer kurzen Erwiderung Ledebours trat das Haus in die Einzelberatung der Vorlage ein. Zunächst spricht Abg. Wulf (deutschbalthisch).

Die Bewohner des besetzten Gebietes an. Eine Einschränkung der deutschen Regierung auf die Gestaltung der Verhandlungen sei durchaus möglich, da es der deutschen Regierung freistehe, die deutschen Behörden und Organe im besetzten Gebiet mit Instruktionen über ihre Auffassung zu versehen. Zu Verhandlungen mit der deutschen Regierung über das Gesamtproblem sei er gern bereit, sobald der passive Widerstand tatsächlich verschwunden und die Wiederherstellung des früheren Zustandes im Ruhrgebiet wieder eingetreten sei, was bei gutem Willen nach der Meinung des Herrn französischen Ministerpräsidenten in zwei bis drei Wochen der Fall sein könnte.

Die Reichsregierung, welche von dem Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Paris, der in den frühen Morgenstunden übermittelt ist, erst heute Kenntnis nehmen kann, wird sich in seiner heute nachmittag stattfindenden Kabinettsitzung mit der durch die Erklärungen der französischen und belgischen Regierung geschaffenen Lage beschäftigen und die Stellungnahme der deutschen Regierung feststellen.

Immer weiter abwärts.

Dollar amtlich 5,06 Milliarden.

Während unmittelbar vor Beginn des offiziellen Devisenverkehrs der Dollar bereits wieder mit 6,5 bis 7 Milliarden genannt wurde, trat an der Börse auf Abgaben bestimmter Privatfirmen eine leichte Abschwächung auf 6,370 Milliarden ein. Englische Pfunde wurden mit 29 Milliarden gehandelt. Amtlich notierten Kabel New York 5,06 Milliarden bei 75prozentiger Zuteilung und London 23 Milliarden bei gleicher Zuteilung. Ein sehr großes Geschäft entwickelte sich in Dollarkuponanweisungen, die im freien Verkehr mit 5,250 Milliarden bis 5,500 Milliarden gehandelt wurden und in Goldanleihen, die mit 4,700 Milliarden bis 5 Milliarden umgingen. Die Tendenz der Effekten bleibt fest

Bayern und das Reich.

Es unterliegt wohl kaum noch einem Zweifel, daß die Diktatur Ruhr in Bayern den Auftakt zur Auflösung Bayerns vom Deutschen Reiche bildet. Gelingt es dem raffinierten Zusammenpiel der bayerischen Monarchisten mit ihren deutschnationalen Bundesgenossen im übrigen Deutschland nicht, die Republik zu Fall zu bringen oder mindestens die Diktatur Ruhr auf das ganze Reich auszudehnen, so wird von München aus planmäßig die völlige Trennung Bayerns vom Reich und die Wiedereinführung der Wittelsbacher Dynastie angestrebt, wobei als besonderes Kennzeichen noch die Tatsache zu verzeichnen ist, daß dieses hochverräterische Unternehmen unter dem Protektorat Frankreichs vor sich gehen soll.

Es erübrigt sich auf die Folgen einzugehen, die ein solches Unternehmen für den Bestand der deutschen Republik haben würde. Deutschland würde aus der Reihe der europäischen Großmächte ausgestrichen und der völligen Willkür der französischen Eroberer ausgeliefert sein. Ebenso wie unter Napoleon I. würde die im Geiste der Wittelsbacher wirkenden Monarcho-Separatisten in Bayern die Schuld an dem staatlichen Zerfall Deutschlands auf sich laden.

Welche Folgen würde das für Bayern selbst heraufbeschwören? Ganz abgesehen davon, daß Bayern auf die Stufe eines französischen Vasallenstaates herabsinken würde, wären die Folgen in wirtschaftlicher Hinsicht für das bayerische Volk verheerend. Aus den jüngst erschienenen Schriften einsichtsvoller bayerischer Wirtschaftspolitiker wie aus Erklärungen führender bayerischer Politiker geht der unlösliche wirtschaftliche Zusammenhang zwischen Bayern und dem Reich deutlich hervor. Ein Vergleich Bayerns mit den übrigen deutschen Staaten, besonders mit denen Mittel- und Norddeutschlands, ergibt die unbestreitbare Tatsache, daß Bayern in industrieller Beziehung noch außerordentlich rückständig ist. Bedingt ist diese Rückständigkeit namentlich durch die Armut Bayerns an natürlichen Bodenschätzen, an Eisen und Kohle. Verstärkt wurde dieser Umstand durch die völlig unverständlichen Widerstände, die man durch Jahrzehnte dem Ausbau der zahlreichen Wasserkräfte Bayerns immer wieder entgegensetzte. Wenn sich Bayern trotzdem aus einem früher vorwiegend landwirtschaftlichen Staat allmählich immer mehr industrialisierte, so wurde dies bedingt durch die Zunahme seiner Bevölkerung und die legendäre Wirkung eines Aufschwungs der Industrie in anderen Staaten. Die Bevölkerungszunahme betrug von 1882 bis 1907 rund 1,6 Millionen, von denen 700 000 allein auf Industrie und 350 000 auf Handel und Verkehr trafen. Diese aufstrebende Industrie in Bayern bedarf vor allem die Kohle als Kraftquelle aus dem übrigen Deutschland. Bayern erhielt vom Reich 1913: 5,95, 1915: 4,50 und 1917: 5,80 Millionen Tonnen Steinkohle. Die Eigenproduktion Bayerns an Kohle kann niemals diese Zufuhr unentbehrlich machen, um so mehr als sie seit 1913 fortwährend im Sinken begriffen ist. Die bayerische Steinkohlenerzeugung betrug in 1900 Tonnen 1913: 810,3; 1915: 523,0; 1917: 595,1; 1920 nur mehr: 88,0; 1921: 84,5 und 1922: 84,2. Selbst bei einem Friedensstand von 810 000 Tonnen könnte Bayern damit nicht einmal den Bedarf des bayerischen Eisenbahnnetzes befriedigen, denn dieses bedarf jährlich 1,056 Millionen Tonnen. Dazu kommt der Umstand, daß die Qualität und Heizkraft der bayerischen Kohle weit hinter der der norddeutschen, insbesondere der Ruhrkohle zurückbleibt.

Der Ausbau der bayerischen Wasserkräfte ist von größter Bedeutung für Bayern. Er vollzieht sich unter der Bereitstellung namhafter Mittel vom Reiche; er wird aber im günstigsten Falle nur zwei Fünftel des bayerischen Kohlenbedarfes decken, Bayern also niemals in Bezug auf Kohlenbezug vom Reiche befreien.

Bayern ist arm an Bodenschätzen, besonders an Eisen, niemals kann es den heimischen Bedarf für die Industrie decken. Die Förderung Bayerns an Eisenerzen betrug in Tonnen 1913: 485 000, 1917: 492 000, 1919: 376 000, 1920: 450 000. In den bayerischen Hochöfen, Walzwerken und Eisengießereien wurden verarbeitet 1913: 1 035 000, 1917: 579 000 und 1920: 486 000 Tonnen. Trotzdem sind heute Bayerns Erze von besonderer Bedeutung, da Deutschland so große Verluste an Lagerstätten erlitten hat. Dazu kommt der Umstand, daß der Fränkische Jura noch reich an Erzlagerstätten ist, deren Abbau heute noch nicht im vollen Umfang in Angriff genommen ist.

Die Hauptplätze der bayerischen Industrie, mit Ausnahme von München und Augsburg, liegen im nördlichen Bayern und in der Pfalz, sie sind auf die Zufuhr ihrer Produktionsmittel aus außerbayerischen Ländern angewiesen, ebenso wie für die Abgabemöglichkeit ihrer Erzeugnisse. Eine Trennung Bayerns vom Reiche ist ohne Verlust der fränkischen und pfälzischen Kreise undenkbar. Bayern ist als selbständiger Industriestaat so wenig existenzfähig, als es als landwirtschaftlicher Staat leistungsfähig genug ist für seine Selbstständigkeit.

Gerade die bayerische Landwirtschaft ist ohne Zufuhren aus dem Reich nicht imstande, ihre Produktion aufrechtzuerhalten, da es Kali, Kalisalze und andere Düngemittel aus den norddeutschen Lagerstätten braucht. Nach den Aufstellungen des Kalk-Syndikats in Berlin betrug diese Zufuhr nach Bayern 1890: 9000, 1910: 172 000, 1914: 23 000, 1916: 349 000, 1921: 5 700 000 und im ersten Halbjahr 1922: 3 200 000 Doppelzentner. Der durch die Kriegsbewirtschaftung erschöpfte Boden bedarf dieser Düngemittel aus dem Norden dringender als je. Noch mehr aber. Nach den Feststellungen Dr. Heims auf der Jubiläumstagung des Oberbayerischen

Deutschland und die Besatzungsmächte.

Das Ergebnis der Pariser und Brüsseler Verhandlungen

Im Anschluß an die Aufgabe des passiven Widerstandes hat die deutsche Regierung am 27. September dem hiesigen französischen und belgischen Vertreter die Erklärung abgegeben, daß Deutschland bereit sei, über die Frage der Wiederaufnahme des normalen Verkehrs- und Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet in Beratungen mit den Besatzungsmächten einzutreten. Da die deutsche Regierung eine offizielle Nachricht über die Stellung der Besatzungsmächte bisher nicht erhielt, hat sie die deutschen Vertreter in Paris und Brüssel angewiesen, diese Frage erneut dem Herrn französischen Ministerpräsidenten und dem Herrn belgischen Außenminister vorzulegen.

Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel ist von dem Herrn belgischen Außenminister am Montag, den 8. Oktober, empfangen worden. Herr Jaspars hat eine endgültige Stellung nicht eingenommen, sondern eine Aufklärung über verschiedene Fragen gewünscht, insbesondere über die tatsächliche Aufgabe des passiven Widerstandes sowie die Stellung der deutschen Regierung zu einer Bezahlung der Reparationskohlenlieferungen. Im übrigen hat sich der belgische Außenminister mit der französischen Regierung in Verbindung gesetzt.

Der Herr französische Ministerpräsident hat unseren Geschäftsträger, Herrn Botschaftsrat von Hoesch, am Mittwoch, den 10. Oktober, empfangen und ihm auf seine Anfrage mitgeteilt, daß die französische Regierung es ablehnen müsse, mit der deutschen Regierung über Einzelheiten der Aufgabe des passiven Widerstandes zu verhandeln. Es sei die Absicht Frankreichs und Belgiens, die Wiederherstellung des früheren Zustandes durch direkte Verhandlungen mit der deutschen Wirtschaft und den deutschen lokalen Behörden zu regeln. Diese Regelung gehe allein Frankreich, Belgien und

Bauernvereins im Dezember 1922 ist die Annahme falsch, daß Bayern Betreibe im Ueberfluß habe. Bayern ist vielmehr ein Zugschuldner. Eine amtliche bayerische Presse-notiz vom November 1922 erklärte ausdrücklich, daß Bayern „in seiner Ernährung in erheblichem Umfange auf das Reich angewiesen“ sei.

Auch für Handel und Verkehr ist Bayern auf das Reich angewiesen. Norddeutsche Kapitalien speisen bayerische Unternehmungen, zahlreiche Bankinstitute des Reiches haben in Bayern Filialen errichtet, die heute Tausenden von Angestellten, die arbeitslos wären, beschäftigen und dem bayerischen Handel und Gewerbe Kredite und damit Betriebsmittel liefern. Das deutsche Wirtschaftsleben ist eine große untrennbare Einheit. Dr. H. Mohr schreibt in seiner Broschüre „Bayern im Reich“ mit Recht:

„Wie sollte die Finanzgebarung der Reichsbank ersetzt werden, wenn sie auch bei einer nur vorübergehenden Trennung Bayerns vom Reich ihre Tätigkeit bei uns einstellen würde? Durch den Giroverkehr der Reichsbank wurden schon 1913 über 230 Milliarden Goldmark an Zahlungen ausgeführt.“

In voller Erkenntnis dieser Tatsachen hat denn auch die Bayerische Handelskammer in einer Delegiertenkonferenz eine einstimmige Resolution gefaßt, die unter anderem besagte:

„Würde Bayern vom Reiche getrennt, so würde die Stellung, die während der nahezu 50jährigen Zugehörigkeit Bayerns zum Reiche dessen Industrie und Handel, in mühevoller Arbeit errungen, unersetzbar wieder verloren gehen. Abgetrennt vom Reiche würde Bayerns Wirtschaftsleben alsbald in den Zustand der Ohnmacht, wie er im Jahre 1866 bestand, zurückfallen. In voller Erkenntnis der Bayern drohenden Gefahr erklärt sich die Bayerische Handelskammer mit aller Entschiedenheit gegen alle auf Lostrennung Bayerns vom Reiche gerichteten Bestrebungen und für ein unverbrüchliches, festes Zusammenhalten aller Einzelstaaten im Sinne und Geiste der Reichsverfassung.“

Bei den bürgerlichen Parteien in Bayern fehlt leider die Kraft — und oft auch der Wille — diese Erkenntnis in die Tat umzusetzen und dem monarcho-separatistischen Spul der Hitler-Banden ein Ende zu setzen. Das einzige feste Fundament der Reichseinheit in Bayern sind die Arbeiter. Sie wissen, daß sie hier, auf vorgeschobenem Posten, nicht nur die Republik und die sozialpolitischen Errungenschaften des Proletariats, sondern auch die unmittelbarsten Interessen des bayerischen Volkes verteidigen, die von den Separatisten verraten werden. In diesem Kampfe fühlt sich das gesamte bayerische Proletariat eins mit seinen bayerischen Klassen-genossen. Gemeinsam mit ihnen bringt es erneut die Tatsache zur Geltung, daß es durch entschlossenen unbeeuglichen Kampf um seine Klasseninteressen gleichzeitig auch das Gesamtinteresse des Volkes und des Staates verteidigt.

Poincaré und Deutschland.

Wie voraussichtlich war, ist die Antwort Poincarés an den deutschen Geschäftsträger in den verbündeten Ländern mit sehr gemäßigten Gefühlen ausgenommen worden. Ueber die Haltung Belgiens unterrichtet folgende Wolff-Meldung aus Paris:

Der Brüsseler Berichterstatter des „Doyre“ berichtet, Minister Caspar habe gestern einigen Ministern erklärt, der belgischen Regierung sei noch keine offizielle Ansicht aus Paris über die Haltung mitgeteilt worden, die Poincaré angeht des Vorschlags einer Juristenkommission einzunehmen gedenke. Aber man zweifle nicht daran, daß der französische Ministerpräsident mit den Vertretern des Reichs verhandeln wolle, wenn auch nicht sofort, so doch wenigstens nach Verlauf einer verhältnismäßig kurzen Zeit. Die Mitarbeit des deutschen Reichs sei unerlässlich, wenn man eine Reihe praktischer Einzelfragen regeln wolle. Deshalb habe man gestern auch der halbamtlichen Havasnote über die Ablehnung der deutschen Vorschläge keine große Bedeutung beigemessen. Selbst wenn sie die Gedanken des französischen Ministerpräsidenten richtig wiedergäbe, sei sie doch mehr aus Opportunitätsgründen veröffentlicht worden, als daß sie eine grundsätzliche Stellungnahme enthalte.

In ähnlichen Gedankengängen bewegt sich eine Meldung des in der Regel gut unterrichteten Pariser Berichterstatters des Londoner „Daily Telegraph“:

Es lestehe — meldet er — in der französischen Hauptstadt über die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet zu verhandeln, keinen Argwohn im Ausland auskommen lasse. Wenn Berlin beschließen sollte, die deutschen Industriellen im Verlaufe der Verhandlungen zu beraten, so würde Paris keinerlei Einwand dagegen erheben, aber direkt könne die französische Regierung nur mit den Industriellen selbst verhandeln.

In Paris selbst ist man an offizieller Stelle anscheinend befreit, den niederstimmernden Eindruck der gestrigen Havas-Note durch Kommentare zu beseitigen, die auf einen weniger ablehnenden Ton abgestimmt sind. Ein Pariser Telegramm der „Telunion“ formuliert den Standpunkt Poincarés folgendermaßen:

Poincaré wünscht keine Einmischung der Berliner Regierung in die Verhandlungen, die im gegenwärtigen Augenblick zwischen den franko-belgischen Oskupationsbehörden und den lokalen Körperschaften an der Ruhr geführt werden, weil er befürchtet, daß die Reichsregierung vor der tatsächlichen Beendigung des passiven Widerstandes — Wiederaufnahme der Arbeit und Naturalleistungen — sich in Brüssel und Paris Gehör zu verschaffen suchen werde. Andererseits unterliegt es keinem Zweifel, daß Poincaré bereit ist, genaue Vorschläge, die Deutschland nach Erfüllung dieser beiden Bedingungen einreichen wird, mit größter Aufmerksamkeit zu prüfen. Es sei ferner richtig, so vernimmt man, daß die Reparationskommission über die deutschen Vorschläge, soweit sie auf die Finanzreform Bezug nehmen, Beschluß fassen und weiterhin als ihre eigentliche Aufgabe die Ausführung der vom Reich unterschriebenen Verpflichtungen überwachen wird. Das eigentliche Reparationsproblem im politischen Sinne werde aber von den verbündeten Regierungen direkt wieder in die Hand genommen werden. Es ist also anzunehmen, daß die Vorschläge Stresemanns — noch Wiederherstellung normaler Zustände im Ruhrgebiet — nicht nur von der Reparationskommission, sondern gleichzeitig auch von den verbündeten Regierungen geprüft werden.

Von den Äußerungen der Pariser Presse, die im allgemeinen die Haltung Poincarés billigt, sei das „Urteil des linksdemokratischen „Doyre“ hervorgehoben:

Es liege nicht — so schreibt das Blatt — im Interesse Frankreichs, unüberwindlich die Autorität der deutschen Regierung zu zerstören. Stresemann habe den Mut gehabt, zu sagen, daß Deutschland kapituliert und daß es den Versailler Vertrag durchführen müsse. Wenn er morgen unter dem Druck der Rechten und der Schwerindustrie zusammenbreche, so werde man ein Deutschland gegenüber haben, das in offener Rebellion gegen den Versailler Vertrag aufsteht. Die Aussichten für eine Regelung der Reparationsfrage würden dadurch selbstverständlich nur verschlechtert werden. Die Weigerung Poincarés, mit Stresemann zu verhandeln, werde Stresemanns Prestige gegenüber Stinnes nicht stärken. Aber die Entscheidung Poincarés sei auch geeignet, die Erfolge, die Frankreich so teuer im Ruhrgebiet erkaufte, zu gefährden. Als die Beendigung des passiven Widerstandes erklärt worden war, habe sich Poincaré geweigert, mit den Gewerkschaften im Ruhrgebiet zu verhandeln mit der Begründung, sie empfangen ihre Weisungen von Berlin. Jetzt erhalte Stresemann die Antwort, man wolle mit Berlin nichts zu tun haben und nur mit lokalen Organisationen verhandeln. Aber man habe keinen Augenblick geduldet, mit Stinnes in Verhandlungen zu treten und auch mit Dilo Wolff sei ohne weiteres ein Vertrag abgeschlossen worden. Weder Stinnes noch Wolff seien lokale Organisationen. Man müsse von den Verhandlungen, die augenblicklich mit den Industriellen geführt werden, eine Störung der Reparationspolitik befürchten.

Es würde für die Lösung der sich immer mehr zuspitzenden Krise viel gewonnen werden, wenn die vernünftigen Auffassungen des „Doyre“ von den offiziellen Leitern der französischen Politik geteilt würden.

Die Bierbrauer gegen Kahr. Die Vertreterversammlung des gesamten bayerischen Braugewerbes nahm eine Entschlieung an, die gegen Kahr's Bierpreisverordnung Verwahrung einlegt und sofortige Aufhebung der Verordnung verlangt.

Die Minderheitenpolitik am Balkan.

Ein Urteil englischer Sozialisten.

Die englischen Genossen Burton und Riley, die kürzlich an der Spitze einer parlamentarischen Kommission die Balkanstaaten bereisten, haben einem Buforester Blatt ihre Ansichten über die politischen Verhältnisse am Balkan in ein Urteil zusammengefaßt, dem wir folgendes entnehmen:

„Unsere Reise in den Balkan hat uns Gelegenheit gegeben, mehr als je den gegenwärtigen Charakter des Minoritätenproblems kennenzulernen. Es ist enttäuschend, wenn man feststellt, daß die Verträge zwischen den alliierten Mächten und den neuen Staaten, welche die politischen und religiösen Rechte der Minoritäten garantieren, nicht respektiert werden. Die öffentliche Meinung des Westens hätte eine demokratischere Orientierung erwartet. Wir haben nur einige wenige Anzeichen der Besserung gesehen. In den neuen Staaten wurden die Sozialisten durch die sozialistischen Parteien der neuen Provinzen getrieben. Wir sind froh, festzustellen, daß sie anerkennen, daß sie eine besondere Aufgabe haben. Sie geben sich Rechenschaft darüber, daß sie den angeschlossenen Brüdern den Übergang möglichst erleichtern müssen. Die Sozialisten sind überall Gegner des Chauvinismus in allen seinen Formen und müssen sich als entscheidender Faktor in dieser Beziehung erweisen. Wir haben große Hoffnungen auf die bevorstehende Konferenz des Balkans. Die Konferenz wird zur Beilegung des übertriebenen Nationalismus beitragen, welcher heute herrscht, und wird gleichzeitig die Bestrebungen nach Frieden und Versöhnung fördern. Die britische Arbeiterpartei ist ein Kämpfer für die Rechte aller Minoritäten und tritt dafür ein, daß ihnen die politischen, kulturellen und religiösen Rechte, die in den Friedensverträgen vorgesehen sind, garantiert werden.“

Die Genossen Burton und Riley äußerten dann noch die bekannten Ansichten der englischen Partei über das französische Abenteuer an der Ruhr, welches jene als willkürliche Invasion einstimmig verdammt.

Wiederaufnahme der Arbeit.

Abn, 11. Oktober. (WZ.) Wie die „Rheinische Zeitung“ erfährt, fanden am Dienstag mit den Beauftragten der Bergarbeiterorganisationen und der Verwaltung der von den Franzosen besetzten Grube Liblar im Braunkohlengebiet Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit statt. Dem Blatt zufolge haben die Franzosen auch die formulierten Fragen der Organisation anerkannt: 1. die tariflichen Abmachungen, 2. das Betriebsratsgesetz unter der Bedingung, daß bei Wiederaufnahme der Arbeit die Wahl des Betriebsrats erfolgt, 3. Befreiung der Deputatlohn unter der Bedingung, daß von der zuständigen Menge von hundert Zentnern pro Jahr jede Woche zwei Zentner abgehoben werden und 4. die sozialpolitischen Sicherungen der Arbeiterchaft im allgemeinen. Auf dieser Grundlage wird die Arbeit auf der Grube Liblar wieder aufgenommen.

Der kommandierende General hat in den seit dem 11. Januar besetzten Gebieten und im Bezirk des Brückenkopfes Düsseldorf die „Bergarbeiterzeitung“ bis zum 3. Januar 1924 verboten.

214 Eisenbahner mit Familien aus Duisburg haben zum 11. Oktober vormittags 9 Uhr den Ausweisungsbefehl erhalten. Es sind Beamte aller Dienstgrade.

Essen, 10. Oktober. (WZ.) In Dortmund waren die Franzosen heute auf einem Flugplatz eine Menge deutscher Hundertmarkscheine ab. In Witten beschlagnahmten die Franzosen am 9. Oktober bei einem Boten der Zeche „Hambal“ 190 Milliarden Mark Lohngeelder. In Gelsenkirchen sind die Zechen „Zentrum“ und „Bismard“ gestern von den Franzosen geräumt worden. Die Belegschaften sind heute wieder voll eingeschoben. Ebenso wurden die Schachtanlagen und Kokerieen der Zeche „Scharnhorst“ von den Franzosen geräumt. Die beschlagnahmten Gegenstände wurden zurückerstattet.

Die Beerdigung der gefallenen Polizisten.

Düsseldorf, 10. Oktober. (WZ.) Gestern wurden die bei der Abwehr der sonderbündlerischen Angriffe gefallenen Polizeiwachmeister beerdigt. In der Trauerfeierlichkeit nahmen Vertreter aller Berufsstände und eine große Menschenmenge teil.

Winteranfang in der Volksbühne.

Der abtrünnige Jar von Carl Hauptmann.

Carl Hauptmann ist tot. Die Schwärmer, die den werten Namen der Vergessenheit entreißen möchten, lassen nicht in der Babe ruhen, was der ehrgeizige, höchst enisige Dichter als ungepieltetes Drama hinterließ. Doch die Totenfeier, begangen mit großem Ernst, geführt von Fröh Holl, dem neuen Regenten der Volksbühne, bewegte nur durch die Mittel und die Lebendigkeit der mitwirkenden Menschen. Dem Ruhme des Dichters, der nicht mehr ist, kann das Legendenpiel vom „Abtrünnigen Jaren“ keine Erhöhung bringen. Von neuem wird bestätigt, daß Carl Hauptmann niemals die Erfüllung seiner Träume fand. Ein großer Entwurf, entsprungen einer abstrakten Idee, die das Moralische durchwühlte. Die Gestaltung, die hernach folgt, bleibt peinigend hinter der Vision zurück. Die Beredsamkeit des Dramatikers schwillt zum Unbeholfenen auf. Was in der Vorstellung des Dichters als Herrlichkeit prunzt, entartet in der Bühnenwirklichkeit. Das Sinnbildliche verläßt, wenn der Sinn durch die Form erwiesen werden soll. Mit Carl Hauptmann entschimmerte ein Dilettant, der sich heilig gebärdete. Daß er heute noch eine Sekunde um sich verammelt, ist eher durch die Liebe zu seiner fälligen Persönlichkeit begründet als durch die Erbauung, die er gewährt. Gewiß, der schlichte Mann horcht gern nach den Grübeln, auch dann noch, wenn sie ihn bestören, und er ist schnell verleitet, die Theologen inniger zu ehren als die leistungsfähigeren Künstler. Ihm muß aber gesagt werden, daß die Kunst, die Kunst des schlichten Mannes nicht minder als diejenige des nerviger Fühlenden geschmälert wird, wenn die Befinnung besser ist als der poetische Ausdruck. Carl Hauptmann entging trotz des müchtigsten Willens zum Siege selten der Niederlage, wenn er das einbringliche Wort suchte und die padende Szene.

Der eiserne Jar, angeleitet durch seine unbegrenzte Macht, schiebt in die Einkamkeit des Kisten. Das Volk, das er regiert, braucht aber den Tyrannen, und schon darf sich der aufgeblasene Hohlkopf die Kaiserkrone aufsetzen. Eben wird Krönungsfest für den neuen Jar, der ein eiserer Fluß ist, abgehalten. Da hebt der abtrünnige Jar, um diesem Suetel gegen das arme Volk Einhalt zu tun, die bewaffnete Hand. Er tut jedoch nicht die Tat gegen den tyrannischen Flußhahn. Er hämmert die rechtschlächtige Hand vielmehr an das Kreuz, und das Wort, das seine Selbstspiegelung begleitet, ist der Ruf nach einem milden, allgütigen, weder durch Selbstsucht noch durch Herrschergelüste verbarbernen Führer des Volkes.

Man spürt in des Erzögers der stehenden Ideen überall den heißen Gestirne und den knebelnden, leuchtenden Schöpfer, der sich vom Probleme nur erlösen kann, indem er stammelt. Nicht das Trauerspiel ist tragisch, sondern das innere Schicksal des Dichters, der von den Mäulen für alle Ewigkeit Zeit seines Lebens nur unzulänglich belohnt wurde.

Früh Holl, der Regisseur und Direktor, zeigte was er kann. Er rettete sogar diejenigen Wirkungen, die das spröde Stück gar nicht hergeben will. Empfindsam für lyrische Stimmungen und die Schauspielerecke wählte er den meisterhaften Sprecher Ludwig Wallner für die Jarenrolle. Wallner versagte sich jede Weichlichkeit. Er zeigte wirklich die Würsterei des in der Nacht ermüdeten und in der Astele geklärteren Mannes. Nach dem vielen Spielrischen, das die Komödianten heute oft befehen, brachte er das Geistige, im Gesicht auch und in den Bewegungen. Der eiserne Jar soll ein Hieb werden, stets männlich, ausgeliefert ganz der inneren Berufung. Regisseur und Schauspieler verbrüderten sich zu bedeutender Gemeinschaft. Der Regisseur mußte allzu häufig das Unreife retten, indem er tote und leere Szenen mit der Persönlichkeit seiner Künstler ausfüllte. Es gelang ihm auch, seinen Vorfällen Odem einzublasen. Herr Herzfeld als Bettler, Gott selber verwandt, diene der Würdigste, ohne der Weinerlichkeit zu verfallen, die Herren Uchaz und Koch und die Fräuleins Ehn und Kath, die alle nur eine dem übertriebenen Pathos verfallene Sprache zu reden hatten, schufen noch den Schein eines dichterischen Lebens. Max Hochdorf.

Der mißhandelte Bahr.

Kammerspiele: „Die Kinder“.

Der Regisseur kann, wenn er das Zeug dazu hat, mit einem schlechten Stück eine gute Vorstellung herausbringen. Er kann aber auch, und das ist noch schlimmer, an einer guten Komödie so lange herumdrechseln, bis man nichts mehr davon merkt, daß sie gut ist. Dies Kunststück hat Erich Bahr gestern fertig bekommen, indem er uns einen Torso von Hermann Bahr hinführte. Der einzigen Wochen hat man den 60. Geburtstag dieses Wiener Theatermannes gefeiert. Wenn die gestrige Aufführung etwa eine Art Geburtstagsfeier sein sollte, so ist das den Kammerspielen gründlich vorzuziehen. Hermann Bahr war kaum wiederzuerkennen.

Der Komödie liegt eine lustige Idee zugrunde. Der Hofrat Schwarzger verlobt seiner Tochter Anna die Heirat mit dem Grafen Konrad, weil dieser Konrad — Gott, man war eben jung — nicht der Sprohling des alten Grafen, sondern sein eigener Sohn ist. Verzweiflung der beiden Liebenden. Da kommt überraschenderweise heraus, daß sich auch Anna nicht als Tochter des Hofrats bezeichnen kann. In Wahrheit ist der alte Graf der Vater. Es handelt sich also damals um ein schnuriges Familienleben über Kreuz. Konrad und Anna haben demnach zwei verschiedene Väter, bloß anders, als es das Standesamt registriert. Hauptsache bleibt, sie können nun doch heiraten. Das Thema der „Kinder“ war schon behandelt, als Bahr die Komödie schrieb. Daraus kommt es ja auch nicht an, der springende Punkt ist, wie man es behandelt. In dem Stück steht soviel Lebensweisheit, soviel Grazie, soviel tändelnder Esprit, daß es zwar nicht ein Kunstwerk von Ewigkeitswert, aber doch einen literarischen Liederhissen darstellt. Von diesen Werken blieb in der Vorstellung der Kammerspiele nichts übrig. Der Regisseur

glaubt, nur die Handlung hinsetzen zu müssen und Fröh alles weg, was nicht unbedingt zu ihrer Fortführung gehört. Damit wurde aus der geistreichen Komödie ein in die Länge gezerrter Gemalter, der nicht einmal für ein Kabarett pikant genug wäre.

Es ist daher kein Wunder, wenn sich zwischen Bühne und Publikum kein Kontakt ergab. Aus dem reizvollen Dialog wurde ein langweiliges geistreiches Hin- und Hergespräch. Die Darsteller schienen nicht am rechten Platz zu stehen. Hans Brausewetter war nicht der lebenswürdig formliche und energische Konrad, der weiß, was er will, er war ein gewedter Sekundaner. Viktor Schwannke sollte den abgeklärten, dickköpfigen Ironiker spielen und spielte einen gemüthlichen Postler, und an der begabten Erika v. Thellmann kamen das Mädchenium und die Herzlichkeit nicht heraus. Nur Fröh Kampers und Fröh Daghofer wurden in ihren prächtigen Charakterrollen dem Dichter gerecht. Ernst Degner.

Michael Bohner als Hans Sachs. (Staatsoper.) Das war nicht mehr Theater, sondern erfülltes Leben, nicht mehr Spiel mit einer Rolle, sondern Verknüpfung und Eingewordenheit mit dem dargestellten Menschen. Man sollte meinen, daß Wagners heimliche Kommandos und sein Zwang, in breiter Melodie zu verharrten, den Spieler zum unfreien Sklaven aller Bewegung macht. Bohner beweist das Gegenteil, beweist, daß im Wagnerschen Drama nur der Marionette ist, der nicht Reich sein kann. Der Grundlag seiner Sachs ist verständlich, alles behutsam und weise richtende Güte, ist Liebe, die in Ernst und Laune dem Glück seiner Mitmenschen, dem Ruhm der Kunst, der Erhabenheit seines deutschen Volkes dient. So wird die Schlussrede zu einem wahren Hymnus, in dem die Klage um den Verfall so ergreifend wirkt, wie der Ton starker Hoffnung durchstrahlt. Was Bohner singt, ist irgendwann einmal durchdacht gewesen; Pointierungen des Humors und der parabolischen Laune, die sich mit so viel Klugheit, Milde und Weisheit paaren, sind nicht aus dem Kermel zu schütteln. Aber er lebt heute so tief in diesem Meisterfinger Sachs, daß nichts allzu Bewusstes mehr ist. Dabei singt er mit voller, nur zu besonderer Charakteristik zum Sprechen geernteter, mächtig ausgebreiteter Stimme. Seitene Wohlklang für Aug, Ohr und Herz zugleich, eine schöpferische Begabung sondergleich. Es ist auf deutscher Opernbühne kein ähnlicher Spielfänger zu finden. Um ihn herum wurden alle klein und armselig (abgesehen die Männer nicht schlecht sangen und das Cochen nur sehr schüchtern war). Herr Kleber begleitete anscheinend ohne Probe, doch mit gesunder Routine, selbst Freiheiten des illustren Gastes geschickt folgend. Für den Humor und für die stille Sinnigkeit, für die gebäpste Melodie und die transzendente Größe (etwa das Barpiel zum 3. Akt) fehlt ihm die letzte Empfindung. Kein ist die Kraft und das Tempo. Aber auch das kommt großen Teilen der unerhöplichen Meisterfingerpartitur zugute. So konnte er sich immerhin neben Bohner sehen und hören lassen. R. S.

Die Kunsttänze N.-G. im Hotel Adlon, Wilhelm-Str. 70a. eröffnen die Auftaktung von Ludwig Barthing, und Karl Helled. Wettbewerb am Sonnabend, den 13. mittags 12 Uhr.

Die Buchschlüsselzahl ist vom 12. ab 800 Millionen.

Für die Einheit der Arbeiterschaft.

Am Montag fand in Hamburg eine Konferenz der Vertreter der drei politischen Parteien (USPD, SPD und USPD) sowie des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Vollzugsrats der Betriebsräte statt, die im „Hamburger Echo“ folgende Kundgebung veröffentlichte:

„Unter dem Vorsitz des Ortsausschusses Groß-Hamburg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes haben die politischen Arbeiterparteien sich bereit erklärt, unter Wahrung ihrer grundsätzlichen parteipolitischen Auffassung ihre Meinungsverschiedenheiten in Wort und Schrift sachlich und unter Fortfall jeder nur dem Gegner der Arbeiterklasse nühenden Gehässigkeit auszutragen, um damit den Weg einer Verständigung für die Einheit in der Förderung der politischen und wirtschaftlichen Interessen des großhamburgischen Proletariats freizumachen.

Aus gleichem Grunde sollen die gewerkschaftlichen Veranstaltungen von der unsachlichen Austragung parteipolitischer Gegensätze freigehalten werden. Grundsätzlich haben sich die drei politischen Parteien bereit erklärt, unter dem Vorsitz des Ortsausschusses in weitere Verhandlungen einzutreten und diese auf Grundlage einer vom Ortsausschuss aufzustellenden wirtschaftlichen und politischen Plattform, die eine örtliche Gemeinschaftsarbeit gewährleistet, zu führen.

Die Mitglieder der unterzeichneten Körperschaften werden mit allem Nachdruck aufgefordert, in den Betrieben, Werkstätten und Bureaus für die wirtschaftlichen und politischen Organisationen sowie für die Ausbreitung der Arbeiterpresse Sorge zu tragen.“

Wie nun ein Telegramm des Wolff-Bureaus meldet, hat der Ortsausschuss den Entwurf eines Einigungsprogramms ausgearbeitet, über den am Freitag endgültig verhandelt werden wird. Der Entwurf lautet:

Die Ortsausschüsse der USPD, der SPD und der USPD verpflichten sich untereinander und gegenüber der hiesigen Arbeiterschaft:

1. die Betriebs- und Gewerkschaftsveranstaltungen von parteipolitischer einseitiger Agitation freizuhalten;
2. Parolen an die Arbeiterschaft nur gemeinschaftlich ergehen zu lassen;
3. zum Schutze der Republik gegen jede Verschlechterung der jetzigen Verfassung durch die Reaktion und zur Förderung der Interessen aller wirtschaftlich Schwachen zusammenzutreten;
4. zu diesem Zwecke eine örtliche Arbeitsgemeinschaft zu bilden;
5. alle für die Bürgerschaft oder die Reichsregierung bestimmten sozialpolitischen Anträge gemeinschaftlich vorzubereiten, zu beraten und die Stellung dieser Anträge von der Zustimmung der Gewerkschaften abhängig zu machen;
6. die Verfolgung von parlamentarischen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft den Gewerkschaften zu überlassen und sich seitens der politischen Parteien jeder Einmischung in die Lohn- und Gehaltspolitik der Gewerkschaften zu enthalten, soweit nicht gesetzliche Maßnahmen erforderlich sind;
7. das Betriebsrätewesen als zum Bereich der Gewerkschaften gehörig zu betrachten und jedem parteipolitischen Mißbrauch der Betriebsräte entgegenzuwirken;
8. unter Wahrung der parteipolitischen Grundsätze den Auseinandersetzungen in Presse und Versammlungen freundnachbarliche Form zu geben.

Wir begrüßen die Initiative der Hamburger Genossen, die hoffentlich den Zusammenschluß und die Gesundung der Arbeiterbewegung fördern wird. Ungeachtet der politischen Meinungsverschiedenheiten der einzelnen Parteien kann ein Zusammenschluß erfolgen, wenn alle Teilnehmer sich auf den Boden der proletarischen Solidarität und der kameradschaftlichen Unterordnung unter gemeinsam gefaßte Beschlüsse stellen.

Vorsichtsmaßnahmen in Dresden.

Geplante Anschläge auf den Landtag?

Dresden, 11. Oktober. (WZ.) Der Landtagspräsident hat sich während der Dauer der gegenwärtigen Landtagsverhandlungen zu besonderen polizeilichen Schutzmaßnahmen veranlaßt gesehen, weil ihm durch vertrauliche Mitteilungen Kenntnis davon geworden war, daß Anschläge gegen die Regierung und den Landtag im Bereich der Möglichkeit liegen. Auch Drohbriefe liegen vor. Am Mißverständnis zu begegnen, weist die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei besonders auf die Ursache dieser polizeilichen Schutzmaßnahmen hin.

Ein Zivilkommissar für Sachsen.

Dresden, 10. Oktober. (WZ.) Wie verlautet, wird der derzeitige Amtshauptmann von Reichen, Schmidt, zum Zivilkommissar für den Freistaat Sachsen ernannt werden. Richard Schmidt ist sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Dresden-Bautzen und erst vor kurzem Amtshauptmann von Reichen geworden.

Die Helfershelfer der Rathenau-Mörder.

Ein Urteil des Staatsgerichtshofes.

Leipzig, 11. Oktober. (WZ.) Wegen Begünstigung der Rathenau-Mörder Fischer und Kern verurteilte der Staatsgerichtshof den Studenten Johann Peters aus Reulshausen und den kaufmännischen Angestellten Gottfried Wiese aus Wendisch-Behringen zu je 8 Monaten Gefängnis und den Postsekretär a. D. Paul Wäsch aus Lenzen zu einem Jahr Gefängnis. Peters hatte Kern und Fischer als Marinelameraden am 6. Juli 1922 Unterkunft gewährt, auch hatte er versucht, ihnen Geldmittel zu verschaffen und war zu diesem Zweck nach Dresden gefahren. Am 7. Juli hatten Kern und Fischer bei Wäsch Unterkunft gefunden. Wiese hatte ihnen den Weg zu der Fähre gezeigt, wodurch ihr Uebergang über die Elbe ermöglicht wurde.

Kommunistenverhaftungen in Breslau.

Breslau, 10. Oktober. (WZ.) heute wurde hier eine größere Anzahl von Kommunisten verhaftet, darunter Mitglieder der Betriebsleitung Schießen der SPD, sowie Bureaupersonal und Angestellte der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“. Die Festnahme steht im Zusammenhang mit der kommunistischen Propaganda zum Zweck der Einsetzung einer Arbeiter- und Bauernregierung in Deutschland.

Der sächsische Geschäftsträger in München v. Dylombowski hat infolge des Eintrittes der Kommunisten in die sächsische Regierung um seine Entlassung nachgesucht. Sie ist ihm erteilt worden, weil er in einem Briefe nach Dresden erklärt hatte, eine sozialistische-kommunistische Regierung müsse von jedem guten Deutschen bekämpft werden.

Chaos auf dem Lebensmittelmarkt.

Drohende Haltung der Käufer.

Der Sturz der Mark in Bodenlose hat Preise auf dem Lebensmittelmarkt hervorgerufen, die in des Wortes wahrster Bedeutung unerschwinglich geworden sind. Dabei wirken sich heute vormittag nur die Preise aus, die gestern nach dem amtlichen Dollarstand berechnet worden sind. Im Großhandel selbst befürchtet man, daß die Notierungen, die heute nachmittag vorgenommen werden, die jetzigen Rekordpreise noch erheblich übertreffen werden. Angesichts dieser Entwicklung der Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt hat sich der Käufer eine Verzweiflung bemächtigt, die jeden Augenblick loszubrechen droht. Die Händler selbst wagen zum Teil nicht mehr, ihre Stände in den Markthallen zu öffnen. Soweit überhaupt die Stände geöffnet waren, stehen die Verkäufer die eisenen Rolläden herunter und verkaufen durch einen schmalen Spalt an das Publikum, weil man ganz allgemein mit Tumulten der Hausfrauen rechnet, die für die mitgenommenen Millionenbeträge nichts mehr zu kaufen vermöchten.

Kartoffeln waren heute vormittag fast überhaupt nicht mehr zu haben. Gemüse war ebenfalls knapp bis auf Spinat, der 12 Millionen Mark pro Pfund kostete. Eier fehlten auf dem Markt schon seit Montag. Infolge des Anziehens des Dollars war Gefrierfleisch teilweise teurer als inländisches Fleisch. So wurde das städtische Gefrierfleisch mit 208 Millionen Mark verkauft, während frisches Fleisch — allerdings nicht erste Qualität — an einigen Stellen 200 Millionen kostete. Für Margarine — soweit sie verkauft wurde, mußten 500 Millionen angelegt werden, für Schmalz (Auslandsware) 650 Millionen. Fische sind ebenfalls sehr knapp und teuer, da sich hier schon die neuen Eisenbahnfrachten auswirken. Für das Pfund Mehl wurden 180 bis 200 Millionen verlangt. Im Laufe des Vormittags haben viele Händler ihre Waren fortgeschafft, da man mit Unruhen rechnet. Auch viele Läden in der Umgebung der Markthallen haben geschlossen.

Das marktfreie Brot.

Am Morgen Freitag ab 250 Millionen, die marktfreie Schrippe 10 Millionen Mark. — Erläuternd wird vom Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins mitgeteilt, daß die Mühlen und Händler heute Roggen- oder Weizenmehl nur noch nach Dollarpärität verkaufen. So kostet heute der Doppelzentner Weizenmehl rund 23 Milliarden Mark. Im Großhandel kostet also ein Pfund Mehl 115 Millionen Mark. Dieser Preisbildung vermag das Bäckergewerbe nicht mehr zu folgen. Die kleineren Betriebe sind nicht mehr in der Lage, Mehl zentnerweise zu kaufen, sondern müssen sich, je nach dem Umfang ihres Betriebes, darauf beschränken, täglich 20 bis 30 Pfund zu kaufen.

Ein Knabenmord am Teltowkanal.

Ein Mord, der nur mit Zuchthaus bestraft werden kann.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II begann heute die neue Verhandlung gegen den Schuhmachermeister Theodor Michke, der beschuldigt wird, im Mai 1922 seinen elfjährigen Sohn Arwin ermordet zu haben, nachdem er schon vorher ihn mit Chinin zu vergiften gesucht hatte. Die Anklage lautet daher auf Mord und Mordversuch. Die Tat hatte seinerzeit durch ihre besondere Rohheit großes Aufsehen erregt.

Dem Angeklagten war sein elfjähriger Sohn, der aus erster Ehe stammte, im Wege, als sich seine zweite Frau von ihm getrennt hatte. Um sich des Kindes zu entledigen, hatte Michke den Jungen zum Teltowkanal geführt, wo er ihn von einer Brücke ins Wasser stieß und kaltblütig ertrinken ließ. Wegen dieser Tat war der Angeklagte bereits im Frühjahr von den Geschworenen abgeurteilt worden. Er hatte damals sein früheres Geständnis widerrufen und behauptet, daß ein gewisser Schauer, der unter dem Namen „Sachsenernst“ bekannt ist, mit ihm einen Diebstahl geplant und daß dieser, weil ihm der Junge dabei im Wege gewesen sei, das Kind ins Wasser gestoßen hätte. Am Schlusse der vorigen Verhandlung gelang es jedoch, den „Sachsenernst“ aus Hamburg herbeizuschaffen und dieser erklärte unter Eid, daß er zur Zeit der Tat, am 1. Mai v. J., bereits in Hamburg gewesen sei. Die Geschworenen schauten sich ein Todesurteil auszusprechen und erkannten nur auf Todschlag und versuchten Todschlag. Das Schwurgericht hatte aber in seinem Urteil auf die Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus erkannt und diese damit begründet, daß nach Ansicht des Gerichts an dem Knaben ein Mord verübt worden sei. Diese Urteilsbegründung hatte der Verteidiger Michke, Rechtsanwalt Dr. Brand, in seiner Revision gerügt und das Reichsgericht hatte auch das Urteil aufgehoben, so daß die Verhandlung nochmals stattfinden muß. Michke befindet sich jetzt aber in der günstigsten Lage, daß selbst wenn die Geschworenen jetzt die Schuldfrage nach Mord bejahen, keine höhere Strafe als 15 Jahre Zuchthaus über ihn verhängt werden darf, da von der Staatsanwaltschaft das Urteil nicht angefochten worden war. Zu der Verhandlung war ein großes Zeugnisaufgebot zur Stelle, doch fehlte wiederum der „Sachsenernst“. Der Angeklagte ist neuerdings vom Sanitätsrat Dr. Juliusburger und Medizinalrat Dr. Thiele auf seinen Geisteszustand untersucht worden.

Die verschwundenen Valutabriefe.

Auf dem Postamt in Pankow wurde festgestellt, daß wiederholt Briefe, namentlich Auslandsbriefe mit Valuten den Empfängern nicht ausgehändigt worden waren. Das Ergebnis der Nachforschungen setzte den Verdacht auf einen 27 Jahre alten Postbeamten Karl B., der auf dem Amt in Pankow beschäftigt war. Dieser bestritt jedoch jede Veruntreuung. Da präsentierte nun ein junges Mädchen auf der Zweigstelle der Dresdener Bank in Pankow 2 Schecks über je 5 Millionen. Das gab Veranlassung zu Ermittlungen und das Mädchen hatte, wie jetzt festgestellt wurde, auf der Bank gesagt, die Schecks seien ihm von B. zum Einlösen übergeben worden mit dem Bemerkten, er habe sie vom Postamt als Gehalt bekommen. Jetzt nahm die Kriminalpolizei die B. dauernd beobachtet hatte, fest, und er gestand nun auch, daß er schon länger Briefe unterschlagen und so Millionen erbeutet habe. Auch die beiden Schecks hatte er den Briefen entnommen. Seine Freundin sollte sie für ihn zu Geld machen. Der Verhaftete, der dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde, ist Morphinist, harter Zigarettenraucher und ein Freund gleichgeschlechtlicher Mädchen. Seine Leidenschaften haben ihn auf Abwege geführt. Das Morphinium verschaffte er sich durch einen Drogisten aus Pankow.

Naturfreunde-Ausstellung.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Ober- und Niederhönneweide, veranstaltet in Niederhönneweide, Fennstr. 1, vom Sonntag, den 14. bis Sonntag, den 21. Oktober, eine Naturfreunde-Ausstellung. Geöffnet wochentags nachmittags von 7 bis 10 Uhr, Sonntags von 3 bis 10 Uhr. Eintritt frei. Man findet in der Ausstellung Hälstarbeiten und Stickerien aller Art, Treibarbeiten, Holz- und Fischschäbnerien, künstlerischen Wandschmuck, Aquarelle, Federzeichnungen, Delmalereien, Wandspüche usw. Die meisten Arbeiten sind billig zu erwerben. Ferner ist eine reichhaltige Sammlung in Geologie, Botanik, Zoologie usw. zum Jammergetragen. — Ein Verkauf von Büchern, Keramiken (Ton-

achen) und Wandkeramiken zu billigen Preisen vervollständigen die Ausstellung. Ein etwaiger Ueberflus wird zum Besten der Jugendpflege verwendet.

Deutschnationale und Kommunisten.

Wie sie zusammen halten!

Im Bezirk Köpenick sollte ein befohlener Stadtrat gewählt werden. Die Bezirksverordnetenversammlung, die sich mit diesem Fall beschäftigte, nahm einen Verlauf, der auch über Köpenicks Grenzen hinaus Interesse erregte, zeigte sich doch wieder einmal, daß Deutschnationale und Kommunisten in wichtigen Fragen nur zu gern zusammengehen und brüderlich vereint gegen die Sozialdemokratie „Sieg“ zu erringen bereit sind.

Der in Frage stehende Posten mußte nach Lage der Verhältnisse im Bezirk mit einem in Bau- und Verwaltungssachen erfahrenen Mann besetzt werden. Unsere Genossen unterbreiteten der Versammlung den Berliner Magistratskandidat Bollengraben als Kandidaten in der Voraussicht, daß dieser um so mehr die Unterstützung der Bezirksversammlung finden würde, als mit seiner Wahl eine Belastung des Berliner Etats vermieden würde, da an seiner Stelle in der Berliner Bauverwaltung einer der vielen auf Kosten der Stadt spazieren gehenden ununterworfen gebildeten Herren treten konnte. Genosse Silberstein fand bei den übrigen Parteien keine Gegenliebe. Der im Bezirk bekannte deutschnationale Bezirksverordnete Stein warf unserer Fraktion „Mandatsraub“, „undemokratisches Verhalten“ und „Vergewaltigung“ vor, wobei ihm sein Fraktionsgenosse, der ehemalige Neuköllner Stadtrat Meier unterstützte. Genosse Calle wies diese durchsichtige Art demagogischer Bestämpfung praktischer Kommunalpolitik energisch zurück. Die bürgerliche Fraktion konnte dabei in der Versammlung selbst keinen geeigneten Vorschlag machen. Von den Kommunisten wurde der Bezirksverordnete und bisherige unbesoldete Stadtrat Kawroski in Vorschlag gebracht. Die vollenzogene Wahl hatte das überraschende Ergebnis, daß die bürgerliche Fraktion, wahrscheinlich mit Ausnahme der beiden Demokraten, für den Kommunisten stimmten, so daß dieser mit 16 Stimmen gegen 12 Stimmen, die auf Bollengraben fielen und zwei Stimmenthaltungen als befohlener Bezirksamtsmitglied gewählt wurde. Diese innige Interessengemeinschaft zwischen Kommunisten und dem Deutschnationalen Stein erhellte schlagartig die Lage. Wie verlautet, hat aus Anlaß dieses politischen Akrobatikstückes der ehemalige Bürgermeister, jetzige unbesoldete Stadtrat Prümer, seinen Austritt aus der Fraktion angezeigt. Die Beratung eines Dringlichkeitsantrages der Bürgerlichen, der gegen die Handhabung der Einziehung der Gas- und Elektrizitätsbeträge protestierte und der die sachliche Unterstützung der Gesamtheit fand, gab den Los von Berlin-Fanatikern Stein und Meier Veranlassung, gegen unsere Genossen und den sozialistischen Magistrat zu hetzen. Die Genossen Silberstein, Calle und Meier kennzeichneten die ganze Schändlichkeit dieser Art „Mitarbeit“ am Gemeinwesen Groß-Berlin in gebührender Weise. Schließlich versuchten die Kommunisten bei der Beratung von Anträgen der Erwerbslosen eine besondere Aktion unter dem Druck der zur Sitzung zugelassenen jugendlichen Erwerbslosen, die als Stoßtrupp gedacht waren, zu unternehmen. Der ruhigen Leitung unseres Genossen Boie gelang es jedoch, nach Unterbrechung der Sitzung diesen Plan zu verhindern und den Erwerbslosen zur sachlichen Durchführung ihrer Wünsche und Anträge zu verhelfen.

Das Verhalten der Bürgerlichen und der sich „Kommunisten“ nennenden Bezirksverordneten wird hoffentlich der Arbeiterschaft des Bezirks und darüber hinaus die Augen öffnen.

Keine Schließung der Heilstätten Beelitz.

Die Sorge, daß die Heilstätten Beelitz völlig geschlossen werden müßten, hat sich als unbegründet herausgestellt. Geplant ist aber, in den Wintermonaten nicht mehr als 400 Betten zu belegen. Wir erhalten hierzu vom Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin folgende Mitteilung:

„Die Landesversicherungsanstalt Berlin wird auch im kommenden Winter ihr gesamtes vorbestehendes Heilverfahren bis auf eine Einschränkung der Bettenzahl in den Beelitzer Heilstätten voll zur Durchführung bringen. Die Beelitzer Heilstätten bleiben im Winter mit 400 Betten belegt. Es bleiben insbesondere uneingeschränkt bestehen: Das Heilverfahren in auswärtigen Heilstätten, die Tuberkulosefürsorge, das Ambulatorium, die Zahnfürsorge und die Geschlechtskrankheitsfürsorge. Für die Tuberkulosefürsorge ist unter der Geschäftsführung der Landesversicherungsanstalt Berlin eine Arbeitsgemeinschaft begründet worden, der die Stadtgemeinde Groß-Berlin, die Krankenkassen und die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte angehören, die nach einheitlichem Plan die Tuberkulosefürsorge für das gesamte erweiterte Stadtgebiet zur Durchführung bringen wird. Auch für die Zahnfürsorge, insbesondere in den Schulen, wird ein Zusammenarbeiten mit der Stadtgemeinde Berlin herbeigeführt werden.“

Der Wierterbund Berlin-Steglyt veranstaltet am Freitag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr, in der Aula der Oberrealschule Berlin-Steglyt, Glienstraße, eine Mitgliederversammlung. An der Versammlung soll gegen die Lockerung der Brunnentwirtschaf auf dem Gebiete des Wohnungswesens energische Stellung genommen werden. Der Kandidat, Rechtsanwalt Fuhrmann, wird ferner den Stand der heutigen Wierterbundausgebildeten besprechen und darlegen, wie sich der Wierter zu verhalten hat und welche Miete er zu zahlen hat.

Die rebellische Erde.

Die Seismographen des Observatoriums von West-Bromwich registrierten am 10. Oktober vormittags um 9.15 ein schweres, mehrere Sekunden andauerndes Erdbeben in einer schätzungsweise Entfernung von 1500 Meilen. Man glaubt, daß das Beben in der Nähe der Azoren vor sich gegangen ist. Die Erdbebenkarte von Dublin gibt die mutmaßliche Entfernung als 1300 Meilen an und glaubt den Herd des Bebens in Italien oder auf den Azoren suchen zu müssen. — Aus Madrid wird gemeldet, daß die Erde hier in der Provinz Huesca in Aragonien sich wiederholen. — Das Observatorium von Uccel (Frankreich) hat am 10. Oktober abends 7 Uhr 6 Min. 12 Sek. ein Erdbeben verzeichnet, dessen Herd sich im Norden von Island befinden muß.

Dollarrechnung für Gas und Elektrizität. Die städtischen Licht- und Kraftwerke von Bochum haben in diesen Tagen die Juli- und Augustrechnungen zur Verteilung gebracht, und zwar unter Anwendung des Dollarkurses im Oktober. Die Rechnungen enthalten daher als Endbeträge hohe Milliardensummen. Wegen diesem Vorgehen der Stadtverwaltung herrscht innerhalb der Bevölkerung große Erregung, da viele diese gewaltigen Summen gar nicht aufzubringen in der Lage sind. Inzwischen haben zahlreiche Bürger die Stadt beim Buchergericht verklagt, andere haben die Zahlungen der verspäteten Rechnungen abgelehnt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Neberrnigend bedeckt mit Regenschauern, ziemlich lebhaften westlichen Winden und nicht wesentlich veränderten Temperaturen.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Jungsozialisten. Mitteilung des Reichsausschusses. Wir fordern alle Gruppen aus, das Oktoberfest der Wälder mit 10 Millionen Mark zu verkaufen. Es ist dafür zu sorgen, daß die Postkommissionen entsprechend höhere Bezahlung an den Verlag leisten.

Jungsozialisten. Gruppe Treptow. Heute, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Henschelstr. 3, Disputationsabend über die politische Lage.

